



Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.

# INFORMATION SHEET

Ausgabe 04/2021



**Tierproduktion**  
Machbarkeitsstudie vorgestellt

**Landtagswahl 2021**  
Wahlprüfsteine & Antworten

**Arbeitsschutz**  
Betriebsunfälle im 1. Quartal

## Inhalt

### 4 Tierwohlkommission & Machbarkeitsstudie – ein Überblick

### 5 Nach der Wahl ist vor der Wahl

### 6 Wahlprüfsteine zur Landtagswahl – Fragen an die Parteien Sachsen-Anhalts

1. Frage: Wie stehen Sie zu den verschiedenen Unternehmensstrukturen der landwirtschaftlichen Betriebe und verlässlicher langfristiger Rechtssicherheit für die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt? Welche Zukunftsvision hat Ihre Partei für die heimische Landwirtschaft?

2. Frage: Grund und Boden ist der wichtigste Produktionsfaktor der Landwirtschaft. In unserem Forderungskatalog zur Landtagswahl werden dazu einige Aussagen getroffen. Wie stehen Sie zu einer Überarbeitung der Regelungen zum Grundstücksverkehr, einer Absenkung der Grunderwerbssteuer, der Abschaffung der Doppelbesteuerung bei Ausüben des Vorkaufsrechts durch die Landgesellschaft sowie der Besteuerung des Grunderwerbs im Zuge von Share Deals?

3. Frage: Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Rahmenbedingungen für tierhaltende Betriebe so zu gestalten, dass die Tierbestände in Sachsen-Anhalt nicht noch weiter abnehmen? Wie kann die Tierhaltung in Sachsen-Anhalt stärker gefördert werden?

### 12 Bemerkenswerte Unfälle 1. Quartal 2021

### 13 Die betriebliche Krankenversicherung der R+V – Wie Arbeitgeber und Mitarbeiter davon profitieren

### 14 Vorteile für Verbandsmitglieder

### 15 Termine

## Veranstaltungshinweise

Über Verschiebungen von Veranstaltungen des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V. informieren wir unsere Mitglieder über [www.bauernverband-st.de](http://www.bauernverband-st.de) und unsere Verbandsmitteilungen. Bitte informieren Sie sich bei Veranstaltungen Dritter vorab auch über deren Internetauftritte, um ggf. Abweichungen aufgrund der Corona-Lage frühzeitig zu erfahren.

#### **22. April 2021**

agra-Messe, Leipzig, abgesagt

#### **4. und 5. Juni 2021**

CHANCE-Bildungsmesse, Halle (Saale)

#### **6. Juni 2021**

Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

#### **14. bis 16. Juni 2021**

DLG-Feldtage, Mannheim, abgesagt

## Kommentar

Liebe Bäuerinnen und Bauern, in den vergangenen Wochen ist viel passiert, nicht nur ein Hin und Her bei den geltenden Corona-Schutzverordnungen, sondern auch in der Agrarpolitik. Die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes und die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung im Rahmen des Aktionsprogrammes Insektenschutz werden von unserem Berufsstand weiterhin massiv kritisiert. Zuletzt haben Mitglieder des Bundestages sowie einige Agrarminister der Länder öffentlich gemacht, dass sie die aktuellen Vorlagen nicht unterstützen. Unter anderem die Agrarministerin Niedersachsens, Barbara Otte-Kinast, hat den immer wieder aus dem Berufsstand geforderten Punkt aufgenommen, dass die Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes in der bestehenden Form keine solide Rechtsgrundlage für kooperativen Umweltschutz bietet und daher so nicht kommen darf. Zum Redaktionsschluss des Infoheftes hat der Bundesrat noch keine Stellung zur geplanten Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes genommen.

Auch bei der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik ab 2023 herrschen deutliche Unterschiede bei den Meinungen der Agrarminister der Länder. Die Sonder-AMK im März, bei der die Landesminister eigentlich eine Einigung zwischen Bund und Ländern zur nationalen Umsetzung der GAP erreichen sollten, war ergebnislos geblieben. Vor allem die grünen Agrarminister der Länder konnten sich zu keinem Kompromiss durchringen. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner hatte aufgrund der ausbleibenden Ergebnisse den Ton verschärft, insbesondere kritisierte sie den sächsischen Minister Wolfram Günther. Dieser hat von der Bundeslandwirtschaftsministerin gefordert, die Länderinteressen zu berücksichtigen, als Vorsitzender der Agrarministerkonferenz hatte er aber keine Einigung bei wichtigen Themen geliefert.

Trotz Pandemie findet in der Politik um die zukünftigen landwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine intensive Diskussion statt, an der natürlich auch der Bauernverband teilnimmt. Nichts wäre gefährlicher, als wenn man die Vorhaben des API einfach durchgewunken hätte oder über die Ausgestaltung der GAP ab 2023 nicht diskutiert werden könnte.

Die Verhandlungen der Agrarminister um die zukünftige GAP gehen

weiter. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen verschärft den Konflikt, indem sie eine Unterschriftenaktion gegen die Umsetzung der EU-Agrarreform in Deutschland gestartet hat. Unser Bauernverband Sachsen-Anhalt hat, gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Bauernverbänden, seine eigene Position für die Weiterentwicklung der GAP nochmals bekräftigt. Das betrifft u.a. die Punkte:

- Keine Kappung und Degression
- Weiterentwicklung der Umverteilungsprämie mit Augenmaß
- Getrennte Veranlagung verbundener Unternehmen fortführen
- Mehrfamilienbetriebe nicht zusätzlich benachteiligen
- Maßvolle Umschichtung der Direktzahlungen in die 2. Säule
- Beschränkungen des Anteils der Eco-Schemes auf 20 Prozent

Abseits von API und GAP arbeiten wir und unsere Verbandsmitarbeiter natürlich auch an den Themen unserer Tierhalter. Im März fand dazu unser Tierärztetreffen statt. Mit Vertretern der Tierärztekammer, praktizierenden Tierärzten, Vertretern des MULE und des Bundesverbandes praktizierender Tierärzte sowie der Tierseuchenkasse wurden die Geschehnisse im Bereich Tiergesundheit besprochen, besonders mit Blick auf die Entwicklungen rund um die Geflügelgrippe und die Afrikanische Schweinepest.

Wir haben unsere erste Präsidiumssitzung in diesem Jahr zum Thema Tierhaltung abgehalten, unter dem Titel „Nutztierhaltung und Tierwohl im Fokus“. Corona-bedingt wurde die Veranstaltung als Video-Konferenz durchgeführt. Da bei Videokonferenzen lange Anreisen entfallen, konnten wir verschiedene Referentinnen und Referenten dafür gewinnen.

Einer der Referenten und Diskussions Teilnehmer war Dr. Leif Balz, Referent für Agrar und Ernährung der Schwarz-Gruppe. Dr. Balz stellte sich den kritischen Fragen der anderen Teilnehmer und erklärte die aktuelle Lage aus Sicht des LEH. Für den Einzelhandel wäre die große Diskrepanz zwischen dem Anspruch von Kunden und dem faktischen Kaufverhalten eine der zentralen Herausforderungen. Höherpreisige Marktsegmente, etwa Bio und vegane Lebensmittel, sind in den letzten Jahren wichtiger geworden. Der Großteil der Verbraucher kauft aber preisgesteuert und geht dorthin, wo er am billigsten einkaufen kann.

Damit die Urproduktion mehr



abbekommt, kann man Lösungen finden, meinte Balz. Da dürfen dann aber auch Molkereien und Schlachtbetriebe nicht vergessen werden, denn mit diesen würde der LEH seinerseits verhandeln. Modelle wie QS können entwickelt und umgesetzt werden – wenn alle in der Kette Beteiligten an einem Tisch sitzen.

Ein wiederkehrender Gastreferent unseres Präsidiums war Roger Fechner, der Referatsleiter Vieh und Fleisch im DBV. Fechner erläuterte den aktuellen Stand in Berlin und bewertete die im März durch das BMEL vorgestellte Machbarkeitsstudie. Einen Überblick dazu finden Sie hier im Heft. Und auch Gerald Hein, Leiter des Bereiches Landwirtschaft bei der DKB, nahm zum wiederholten Mal als Referent bei uns teil. Er konnte uns einen Einblick geben, was im Bereich der Betriebsfinanzierung und Kooperation mit Banken in den nächsten Jahren zu erwarten ist. Zukünftig soll bei einem Investitionsvorhaben etwa deren Nachhaltigkeit berücksichtigt werden müssen. Ebenso teilgenommen hatten Susanne Wiese und Anne Helene Ahrend von der LLG, die uns das bundesweite „Verbundprojekt Tierwohl“ vorgestellt haben.

Sie sehen, auch abseits von Corona und der anstehenden Landtagswahl ist unser gemeinsamer Verband gut beschäftigt. Nicht erwähnt habe ich unsere aktuellen Arbeiten zu den Themen Pflanzenschutz und Düngeverordnung, wo wir natürlich auch weiter unterwegs sind. Dazu werden wir in den kommenden Wochen Neues berichten können.

Bleiben Sie gesund.

Ihr Olaf Feuerborn

## Tierwohlkommission & Machbarkeitsstudie – ein Überblick

Die Nutztierhaltung in Deutschland ist ein wichtiger Bestandteil von Landnutzungssystemen und landwirtschaftlichen Stoffströmen. Trotzdem gerät sie immer wieder in den Brennpunkt von politischen sowie gesellschaftlichen Diskussionen. Vor einem Jahr wurde von dem Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung, welches Bundeslandwirtschaftsminister a.D. Jochen Borchert leitet, ein Konzept vorgestellt, wie die Nutztierhaltung im Land zukünftig gestaltet werden soll und was der Branche eine wirtschaftlich tragfähige Entwicklungsperspektive bietet. Dazu werden wir einen kurzen Stand der Dinge darstellen:

### Kritikpunkte und Forderungen

In den Empfehlungen der Borchert-Kommission werden einige Punkte in der momentanen Tierhaltung hinterfragt und entsprechende Forderungen aufgestellt. Mit dem Ende der betäubungslosen Ferkelkastration zum 01.01.2021 ist ein großer Kritikpunkt abgearbeitet. Weitere Punkte, vor allem für Haltungseinrichtungen von Schweinen, werden mit der Novelle der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung angegangen. Dazu zählt unter anderem die Forderung nach mehr Platz pro Tier und abwechslungsreichen Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Kommission kritisiert jedoch nicht nur vorhandene Haltungsbedingungen, sondern auch langjährig verfolgte Zuchtziele. Als alternative Zuchtziele werden hierbei mehr Robustheit und die generelle Gesundheit der Tiere in den Vordergrund gestellt. Weiterhin besteht aus Sicht der Kommission die Herausforderung, dass es regional aufgrund einer Verdichtung der Tierhaltung vermehrt zu Nährstoffausträgen in die Umwelt kommen würde. Die Anpassung

des Düngerechts ist aber nicht die Kernaufgabe des Kompetenznetzwerkes.

### Ziele der Kommission

Mit der Formulierung von unterschiedlichen Zielbildern für die verschiedenen Tierarten soll ein hohes Tierwohlniveau mit geringen Umweltwirkungen geschaffen werden. Weitere wichtige Ziele, neben einer aussagekräftigen Kostenaufstellung, sind insbesondere der Ausbau staatlicher Förderung, um nicht kompensierte Mehrkosten auszugleichen und eine schnelle Anpassung des Genehmigungsrechtes für Tierwohlställe. Um für die Verbraucher die Änderungen und Verbesserungen transparenter zu gestalten, wird über ein Tierwohlkennzeichen beraten. Alle Anforderungen an die neuen Ställe sollen in sogenannten Kriterienkatalogen festgehalten werden. Für den Umbau der Nutztierhaltung sind drei Stufen geplant.

Stufe 1 / Stall plus: mehr Platz, mehr Beschäftigungsmaterialien u.ä.

Stufe 2 / verbesserte Ställe: zusätzlicher Platz, Strukturierung, Klimazonen möglichst mit Kontakt zu Außenklima, teilweise Planbefestigung u.ä., Neubauten mit Kontakt zum Außenklima, Umbauten möglichst mit Kontakt zum Außenklima.

Stufe 3 / Premium: mehr Platz als in den Stufen 1 und 2, Auslauf bzw. Weidehaltung (Rinder, Geflügel). Das Niveau dieser Stufe orientiert sich weitgehend an den Haltungskriterien des ökologischen Landbaus.

Langfristig empfiehlt die Kommission, die gesamte Nutztierhaltungen in Stufe 2 zu überführen, alle Betriebe sollen bis 2030 in Stufe 1 sein. Neben allen materiellen und behördlichen Zielen ist es auch wichtig, die Aus- und Weiterbildung, die Beratung und die Forschung

zu verbessern. In diesem Zusammenhang startete im vergangenen Jahr das Projekt „Netzwerk Fokus Tierwohl“, was vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft finanziell begleitet wird.

### Ergebnisse der Machbarkeitsstudie

Klar ist, dass die Ansprüche der Gesellschaft an die Branche mit ihrer Wettbewerbsfähigkeit vereinbar sein müssen. Eine vorläufige Kostenkalkulation ergab, dass der geschätzte Förderungsbedarf sich jährlich und dauerhaft auf hohe Posten beläuft. Aktuell angegeben werden diese in den folgenden Höhen:

- bis 2025: 1,2 Mrd. €/Jahr
- bis 2030: 2,4 Mrd. €/Jahr
- bis 2040: 3,6 Mrd. €/Jahr

Die hohen Kosten der beschriebenen Transformation der Nutztierhaltung können nicht aus dem Haushalt des BMEL finanziert werden. Die Borchert-Kommission schlägt deshalb zur Finanzierung verschiedene Optionen vor, die allerdings rechtlich, administrativ, verwaltungspolitisch und auch in Bezug auf die politische Durchsetzbarkeit unterschiedlich bewertet werden. Hierfür wurden renommierte Rechtsanwälte und weitere Experten konsultiert, die im März 2021 ihre Ergebnisse vorstellten. Im Mittelpunkt der Diskussionen um die Finanzierung stehen drei Möglichkeiten:

1. Anhebung des Mehrwertsteuersatzes für tierische Produkte von 7 % auf 19 %
2. Einführung einer Verbrauchsteuer „Tierwohlabgabe“
3. Einführung einer „Ergänzungsabgabe Tierwohl“.

### Position des Bauernverbandes

„Der Umbau der Nutztierhaltung nach dem Konzept der Borchert-Kommission kann gelingen, wenn die Handlungsempfehlungen der Studie nun rasch und vor allem in Gänze umgesetzt werden“, bewertete Bernhard Krüsen, Generalsekretär des DBV, die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie. Entscheidend für den Erfolg des Konzeptes seien zwei Faktoren, die langfristige Verlässlichkeit der Tierwohlprämien und eine langfristige Zweckbindung der vereinnahmten Mittel. Sehr positiv zu bewerten ist, dass die langjährige Forderung des DBV, das Bau- und Umweltrecht den fachrechtlichen Vorgaben zur landwirtschaftlichen Tierhaltung nicht im Wege stehen darf, von der Studie ebenfalls thematisiert wird. Wichtig ist nun, dass die Kriterien weiter spezifiziert und wichtige Eckpunkte noch während dieser Legislaturperiode festgelegt werden.

Caroline Lichtenstein  
Referentin für Tierhaltung und Futtermittel



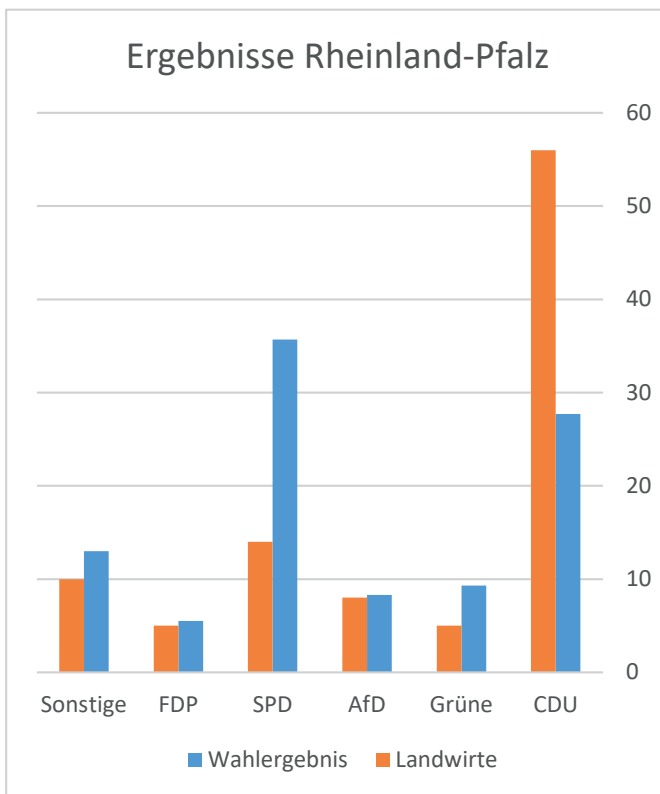
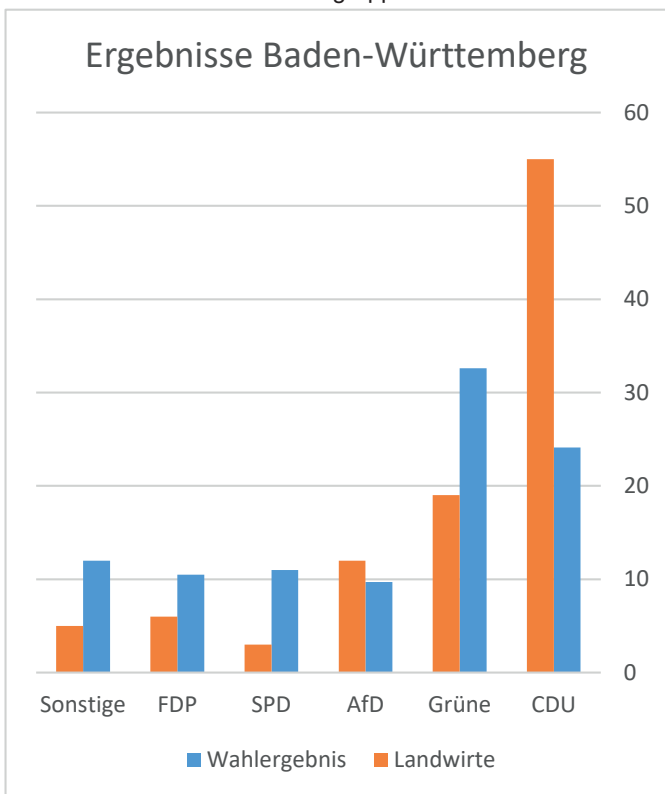
## Nach der Wahl ist vor der Wahl

Das Wahljahr 2021 begann Mitte März mit den Wahlen in zwei Bundesländern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Da auch in Sachsen-Anhalt bald Wahlen zum neuen Landtag stattfinden werden und im September der Deutsche Bundestag neu gewählt wird, prägt das Thema „Wahlen“ dieses Jahr auch die inhaltliche Arbeit des Bauernverbandes. Ein Blick in den Süden lohnt sich daher. Die "Forschungsgruppe Wahlen" ist ein Institut für Wahlanalysen und analysiert neben Wählerwanderungen auch das Wahlverhalten einzelner Berufsgruppen.

Es stellt mit Blick auf unsere Branche fest: Landwirte wählen deutlich anders, als der Rest der Bevölkerung. Trotz der Wahlsiege der starken Führungspersönlichkeiten Kretschmann und Dreyer konnte die CDU unter den Landwirten noch immer absolute Mehrheiten erzielen. Bemerkenswert ist, dass in **Baden-Württemberg** 19 Prozent der Landwirte die Grünen wählen wollten. Die AfD kam auf 12 Prozent Zustimmung unter den befragten Landwirten. In **Rheinland-Pfalz** war die Zustimmung der Landwirte zur CDU mit 56 Prozent

ebenso hoch wie in Baden-Württemberg. Ministerpräsidentin Dreyer und die SPD konnten nur 14 Prozent der Landwirte erreichen. Die AfD-Anhänger unter den Landwirten waren mit 8 Prozent im Landesdurchschnitt. Besser als im Wahlergebnis des Landes schnitt die FDP bei den Landwirten ab: 11 Prozent gab es hier für die Freien Demokraten. Die Grünen, die in Rheinland-Pfalz 9,3 Prozent der Stimmen erhielten, bekamen von den Landwirten nur 5 Prozent.

Katharina Elwert  
Referentin für Agrarpolitik



Grafiken (Daten der Forschungsgruppe Wahlen): Die Daten der Forschungsgruppe Wahlen zeigen, dass auch unter Landwirten sehr unterschiedlich gewählt wird.



# DIE NUMMER 1 FÜR UNSERE LANDWIRTSCHAFT

IHR AGRARSPEZIALIST

Steuerberatung

Wirtschaftsprüfung

Genossenschaftsprüfung

Insolvenzverwaltung

Moderner Belegtransfer mittels App



Tel.: 03491 418040  
 agrar@etl.de  
 www.marcel-gerds.de

## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl – Fragen an die Parteien Sachsen-Anhalts

Um unseren Landwirtinnen und Landwirten vor der anstehenden Landtagswahl einen Überblick zu bieten, was die Standpunkte der zur Wahl antretenden Parteien sind, haben wir an diese zehn Wahlprüfsteine verschickt. Die Fragen der Wahlprüfsteine beziehen sich unter anderem auf die GAP, Zukunft

der Nutztierhaltung, Wirtschaft im ländlichen Raum und landwirtschaftliche Berufsbildung.

Drei der insgesamt zehn Wahlprüfsteine finden Sie hier im Heft. Alle Wahlprüfsteine und die Antworten der Parteien finden Sie auf unserer Webseite [www.bauernverband-st.de](http://www.bauernverband-st.de)

Die Reihenfolge der Antworten der Parteien begründet sich auf ihren Ergebnissen bei der letzten Landtagswahl, wobei zuerst die Parteien der Landesregierung aufgelistet sind. Die Antworten sind wortgetreu übernommen, Überlängen sind markiert. Erik Hecht

Referent für Medien und Öffentlichkeitsarbeit

### 1. Wie stehen Sie zu den verschiedenen Unternehmensstrukturen der landwirtschaftlichen Betriebe und verlässlicher langfristiger Rechtssicherheit für die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt? Welche Zukunftsvision hat Ihre Partei für die heimische Landwirtschaft?

#### → CDU

*"Die Landwirtschaft als besonders systemrelevanter Grundversorger hat eine große Tradition in unserem Bundesland. Für einen lebendigen ländlichen Raum ist sie auch in schwieriger Zeit eine verlässliche Zukunftsbranche und ein stabiler Eckpfeiler unseres Gemeinwesens. Gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten wollen wir Antworten auf die großen ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen in den Dörfern geben. Deshalb werden wir die Verantwortung*

*der landwirtschaftlichen Betriebe im ländlichen Raum, insbesondere als Nahrungs- und Futtermittelgarant für Mensch und Tier, für die Energiegewinnung aus landwirtschaftlichen Rohstoffen, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und den Klimaschutz wirtschaftlich und gesellschaftlich stärken."*

#### → SPD

*"Als SPD Sachsen-Anhalt favorisieren wir nicht bestimmte Rechtsformen landwirtschaftlicher Betriebe, sondern haben ein Interesse daran, dass die Betriebe und alle Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft auskömmliche Rahmenbedingungen für ihre Tätigkeit vorfinden, die ihnen eine Teilhabe am wirtschaftlichen Wohlergehen der Gesamtgesellschaft sichern. Richtig ist, dass wir regionale Monopolstellungen einzelner Unternehmen ablehnen. Wenn nach der Zukunftsvision von*

*Landwirtschaft gefragt wird, ist es zunächst wichtig, festzuhalten, wie wir die Landwirtschaft heute sehen. Für uns steht fest, dass die Landwirtschaft in weiten Teilen die Kulturlandschaft prägt und ein wesentlicher, vielerorts der dominierende Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum ist. Sie bietet die Grundlage für eine starke Ernährungs- und sichert Arbeitsplätze. Bei der Erzeugung von hochwertigen und sicheren Lebensmitteln, kommt es zukünftig noch stärker darauf, die natürlichen Ressourcen nachhaltig zu nutzen.*

*Hierzu gehören der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und der Qualität des Trinkwassers, der Artenvielfalt ebenso wie der Klimaschutz und das Wohl der Nutztiere. Dafür brauchen wir Leitlinien einer nachhaltigen Landnutzung, die Klima- und Umweltschutz berücksichtigen und die im europäischen Konsens zu entwickeln ist, um die Chancengleichheit der deutschen Landwirt\*innen im Wettbewerb zu gewährleisten. Hierzu ist eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union erforderlich."*

#### → Bündnis 90/Die Grünen

*"Erfreulich ist, dass in Sachsen-Anhalt die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe zugenommen hat – im Zeitraum von 2010 bis 2018 um 5 Prozent. Je mehr Betriebe, umso mehr Vielfalt, umso mehr Stabilität – das begrüßen wir. Wir stehen allen Rechtsformen – Natürlichen Personen mit den Einzelunternehmen und Personengesellschaften und den Juristischen Personen mit den GmbHs und Genossenschaften – offen gegenüber und wollen ihre Rechtssicherheit auch*

*langfristig gewahrt sehen. Wichtig ist für uns, dass die Betriebe regional verankert sind und umwelt- und tiergerecht wirtschaften. Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, damit den Betrieben der Raum zur Entwicklung bleibt und sie nicht von Agrarindustriellen und Investgesellschaften verdrängt werden.*

*Notwendige Voraussetzung für unsere Zukunftsvision für die heimische Landwirtschaft ist, dass sie eine Perspektive bekommt. Die heimische Landwirtschaft muss zukunftsfest gemacht*

*werden, um ihren dauerhaften und flächendeckenden Bestand in Sachsen-Anhalt zu sichern. Mit einer starken Landwirtschaft, die mit der Region verbunden ist, werden lebenswerte Dörfer und soziale Strukturen auf dem Land erhalten. Wir wollen die Landwirtschaft zum einen robust gegen die Auswirkungen der Klimakatastrophe machen und zum anderen eine verlässliche wirtschaftliche Grundlage mit auskömmlichen Erzeugerpreisen gewährleisten."*

(Vollständige Antwort online)

→ **AfD**

"Die Landwirtschaft hat ihre Unternehmensstruktur in Sachsen-Anhalt in den letzten 30 Jahren dramatisch geändert. Von Genossenschaften über Aktiengesellschaften bis hin zu Einzelunternehmen ist mittlerweile jede denkbare und rechtlich zugelassene Unternehmensstruktur in Sachsen-Anhalt vertreten. Als freiheitliche Partei ist es für uns klar, dass jeder Unternehmer in der Entscheidung, wie er seine Tätigkeiten organisiert, grundsätzlich frei ist. Daher sollen die gesetzlich zulässigen

Strukturen als solche auch erhalten bleiben.

Aber: Als Heimatpartei sehen wir allerdings, dass es erforderlich ist, dass der Unternehmer, der in Sachsen-Anhalt wirtschaftet, auch in Sachsen-Anhalt lebt. Denn nur eine feste Verbindung von Unternehmen und „Scholle“ stellt die Grundlage dar, dass sich auch eine soziale und ökologische Verantwortung für die Region seitens des Unternehmers entwickeln kann. Aus diesem Grund gelten Wertschätzung und Unterstützung der AfD vor allen den

Landwirten in Sachsen-Anhalt, die neben ihrer Arbeit in den Betrieben auch noch die Zeit und das Geld aufbringen, um das soziale und gesellschaftliche Leben, vor allem im ländlichen Raum, maßgeblich zu unterstützen.

Auf dem Boden und den Wiesen unseres Landes werden schmackhafte Nahrungs- und Genussmittel erzeugt, die von der Bevölkerung nachgefragt, gekauft und wertgeschätzt werden! Landwirtschaftliche Produkte aus Sachsen-Anhalt gehören zur Identität und Kultur unseres Landes!"

→ **DIE LINKE**

"Verschiedene Unternehmensstrukturen und somit Vielfalt bei den Landwirtschaftsbetrieben im Land Sachsen-Anhalt sind zu erhalten und zu fördern. Etwa 75 Prozent der Betriebe sind Einzelunternehmen (im Haupt- und Nebenerwerb) und bewirtschaften rund 20 Prozent der Fläche in Sachsen-Anhalt. DIE LINKE will die kleineren Betriebe stärken, um die Vielfalt beizubehalten und allen Betriebsformen die gleichen Entwicklungschancen einzuräumen. Uns ist bewusst, dass vor allem die bei

uns historisch gewachsenen großen Betriebe (ehemalige Genossenschaften) den größten Teil der landwirtschaftlichen Fläche im Land bearbeiten und somit einen großen Stellenwert besitzen, auch wenn heute nicht mehr allen dieser Unternehmen noch der Genossenschaftsgedanke zugrundliegt.

DIE LINKE setzt sich für ein Agrarstrukturverbesserungsgesetz mit Bodenpreisbremse und flankierendem landeseigenen Bodenfonds ein, um den erheblichen Struktur- und

Besitzveränderungen in der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten zu begegnen. Um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen biologischer und konventioneller Wirtschaftsweise herzustellen, streben wir eine Verdopplung der bisherigen gut 9 Prozent auf einen Anteil von 20 Prozent der ökologisch bewirtschafteten Fläche in Sachsen-Anhalt an."

→ **FDP**

"Wir Freie Demokraten wollen mit allen Landwirtinnen und Landwirten einen gemeinsamen Weg in die Zukunft einer wirtschaftlich erfolgreichen Landwirtschaft gehen. Unser Ziel ist eine moderne Landwirtschaft, die die Menschen mit hochwertigen Nahrungsmitteln versorgt und Rohstoffe für biobasierte Wirtschaftszweige liefert. Wir wollen die vielfältige Agrarstruktur erhalten und alle Unternehmensstrukturen stehen gleichberechtigt nebeneinander. Dazu gehören verlässliche politische

Rahmenbedingungen über eine Legislaturperiode hinaus und Fördermaßnahmen, die nachhaltig wirken. Die Landwirtschaft handelt und wirtschaftet in Generationen. Unsere Vision ist, dass die heimische Landwirtschaft sowohl regional verwurzelt, als auch auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig ist und gesellschaftliche Ansprüche, tier- und umweltgerecht zu wirtschaften, honoriert werden. Vorteile der Digitalisierung und moderner Zuchtmethoden werden selbstverständlich angewendet. Wir wollen deshalb smarte Lösungen

für die Agrarwirtschaft stärker fördern. Die digitale Landwirtschaft kann helfen, mühsame Aufgaben durch Automatisierung zu ersetzen, Pflanzenschutz- und Düngemittel präziser und umweltschonender auszubringen, die Gesundheit von Nutztieren zu überwachen und Bürokratiekosten zu mindern. Wir stehen für einen offenen, transparenten Umgang mit neuen Züchtungstechniken wie Genome-Editing, welche das Portfolio der biotechnologischen Methoden ergänzen."

(Vollständige Antwort online)

→ **Freie Wähler**

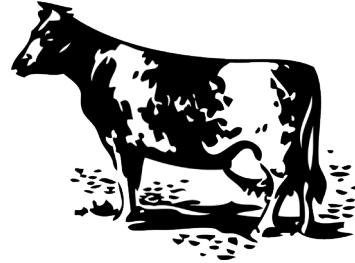
"Eine gesunde Landwirtschaft ist eine Grundvoraussetzung eines lebensfähigen, lebens- und liebenswerten ländlichen Raums. Landwirtschaft mit all ihren Bereichen stellt nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sicher. Sie erfüllt außerdem wesentliche wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Aufgaben. Wir müssen so weit wie möglich unabhängig von Lebensmittelimporten sein. Dazu benötigen wir eine moderne und leistungsfähige Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft bietet von den Betrieben selbst bis hin zum Tourismus eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Ebenso wie eine Naturlandschaft in Diversität steigert eine Kulturlandschaft in Vielfalt die Attraktivität unserer Regionen. Wir FREIEN WÄHLER wollen Planungssicherheit und somit eine gesicherte Zukunft der nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft insbesondere auch der kleineren und mittleren Betriebe. Dieses Ziel muss aus unserer Sicht über eine deutlich stärkere Regionalisierung des Agrarmarktes erreicht werden. Die

Lebensmittelversorgung der Bevölkerung muss regional gesichert werden.

Unser Leitbild ist eine von vielen Familienbetrieben getragene Landwirtschaft, ergänzt um mittelständische landwirtschaftliche Unternehmen, in der Region verwurzelt und im Eigentum ortsansässiger Landwirt\*innen oder Genossenschaftsmitglieder. Wir setzen uns ein für Bürokratie- sowie Regelungsabbau und einfache Fördermaßnahmen als Grundlage für eine bessere Wertschöpfung in und aus der Region."

**2. Grund und Boden ist der wichtigste Produktionsfaktor der Landwirtschaft. In unserem Forderungskatalog zur Landtagswahl werden dazu einige Aussagen getroffen. Wie stehen Sie zu einer Überarbeitung der Regelungen zum Grundstücksverkehr, einer Absenkung der Grunderwerbssteuer, der Abschaffung der Doppelbesteuerung bei Ausüben des Vorkaufsrechts durch die Landgesellschaft sowie der Besteuerung des Grunderwerbs im Zuge von Share Deals?**



→ **CDU**

*"Wir wollen das Ziel weiterverfolgen, das ortsansässige Landwirte beim Kauf und der Pacht von landwirtschaftlichen Nutzflächen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten nicht behindert werden. Wir wollen die Verbesserung der Markttransparenz stärken. Das bestehende Grundstücksverkehrsgesetz und Pachtverkehrsgesetz sind umzusetzen und die entsprechenden Informationspflichten einzuhalten. Die Frage der genehmigungsfreien Share-deals ist in der neuen Wahlperiode neu*

*zu bewerten, ebenso wie die vom Bundesfinanzminister bisher nicht erfolgte Absenkung der Beteiligungsschwelle ab der die Grunderwerbssteuer fällig wird. Die Doppelbesteuerung beim ausgeübten Vorkaufrecht ist abzuschaffen."*

→ **SPD**

*"Wir setzen auf ein wirkungsvolles Agrarstrukturgesetz, das eine breite Eigentumsstreuung bei landwirtschaftlichem Grundbesitz sichert, den Erwerb landwirtschaftlicher Flächen durch außerlandwirtschaftliche Investoren weitestgehend verhindert und die Konzentration von Eigentum und Besitz an Agrarland in Händen einzelner Großunternehmen begrenzt. Das Gesetz muss darüber hinaus den bisher unkontrollierten mittelbaren Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen über die*

*Beteiligungen an Agrarunternehmen regulieren. Monopolstellungen einzelner Unternehmen und Einzelpersonen lehnen wir ab. Das gilt auch für den Wald. Auch dafür wollen wir eine gesetzliche Grundlage schaffen. Eine Absenkung der Grunderwerbssteuer haben wir nicht geplant, ebenso wenig aber auch eine weitere Erhöhung.*

*Den Wunsch nach Abschaffung der Doppelbesteuerung bei der Ausübung des Vorkaufsrechts durch die Landgesellschaft unterstützen wir. Dazu bedarf*

*es allerdings Regelungen auf Bundesebene, die derzeit in weiter Ferne sind."*

→ **Bündnis 90/Die Grünen**

*"Landwirtschaft braucht Boden und ein Gesicht vor Ort. Wir brauchen dringend ein Agrarstrukturgesetz, um den Ausverkauf im ländlichen Raums zu stoppen. Dabei orientieren wir uns an dem Leitgedanken, dass der Boden in den Besitz derjenigen gehört, die an seinem Ort regional verankert sind und die einen persönlichen Bezug zu diesem Boden haben. Wir fokussieren im ersten Schritt auf eine Landesregelung zu den Verkäufen von Anteilen an Unternehmen, den sogenannten Share-Deals, die zur Zeit*

*noch nicht rechtlich geregelt sind und deren Regulierung von allen gewollt ist. Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für eine Reform der Grunderwerbssteuer ein, sodass Anteilskäufe stärker besteuert werden. Auch die Gesetze zum Grundstücksverkehr und Landpachtverkehr sollen reformiert werden, sodass marktbeherrschende Stellungen verhindert und Weiterentwicklung der bestehenden Betriebe sowie Neugründungen ermöglicht werden. Die regionale Wertschöpfung soll gewährleistet werden. Grundlage der Überarbeitung sollen der*

*im November 2020 eingebrachte Entwurf zu einem Agrarstrukturgesetz und die Stellungnahmen im Rahmen des Anhörungsverfahrens und ein Dialog mit den Akteuren sein. Die Doppelbesteuerung ist ein klarer Wettbewerbsnachteil und widerspricht der Idee des Vorkaufsrechts und ist daher abzuschaffen. Die Flächen der BVVG sollten vom Bund den Ländern übertragen werden. Unternehmensverflechtungen von Agrarholdings und Kapitalinvestoren müssen bei Agrarzahungen verpflichtend transparent gemacht werden."*



→ **AfD**

"Nach der erfolglosen Ankündigung der Regierungskoalition, ein Agrarstrukturgesetz zu erarbeiten, hat die AfD-Fraktion durch ihren Antrag im Landtag den Druck erhöht, damit ein solches Gesetz vorgelegt wird. Dieses Regierungsvorhaben wurde zum Ende der Legislatur zögerlich und wenig strukturiert vorgestellt, um nach massiver Kritik schnell und vollumfänglich zu scheitern. Die AfD in Sachsen-Anhalt stellt zwei grundlegende Forderungen, die das Agrarstrukturgesetz gewährleisten muss:

1. Der Boden unseres Landes muss zuerst der Landwirtschaft für die Produktion von Nahrungsmitteln erhalten bleiben.
2. Dies Bewirtschaftungsaufgabe sollen und müssen Bodeneigentümer übernehmen, die vor Ort im ländlichen Raum leben und gesellschaftlich involviert sind. Vor allem Share Deals stellen ein Instrument dar, mit dem Produktions- und Unternehmensentscheidungen weg von den Landwirten und hin zu globalen Investoren transferiert werden können.

Diese für unser Land grundsätzlich negative Entwicklung bedarf umgehend eines durchschlagenden Korrektivs. Dabei muss es das Ziel sein, dass heimische Landwirte bevorzugt Land erwerben können, um die Produktionssicherheit und die Sicherheit des Unternehmens zu gewährleisten. Instrumente dafür können eine verringerte Grunderwerbssteuer sein und eine strukturierte Begutachtung aller Landverkaufsbewegungen, ab dem ersten Hektar land- bzw. forstwirtschaftlicher Nutzfläche."

→ **DIE LINKE**

"In den vergangenen zehn Jahren haben sich die Kaufpreise verdoppelt und die Pachtpreise stiegen um den Faktor 1,5. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden wir in 10 Jahren nicht mehr von „unserer Landwirtschaft“ sprechen können. Deshalb sagt DIE LINKE ganz klar: Boden darf keine Ware sein, denn er ist eine natürliche Lebensgrundlage. Der Spekulation und dem Ausverkauf von Ackerland an Investoren muss Einhalt geboten werden. Deshalb sind die Regelungen zum

Grundstückverkehr zu überarbeiten. Wir setzen uns für einen Preisdeckel, ein Vorkaufsrecht für echte Landwirt\*innen aus der Region und mehr Land in öffentlicher Hand ein. Um eine agrarstrukturell nachteilige Verteilung von Grund und Boden zu verhindern bzw. erhebliche Gefahren für die Agrarstruktur abzuwehren, sollte der Kaufpreis für landwirtschaftliche Flächen den durchschnittlichen Verkehrswert nicht mehr als 10 Prozent übersteigen. Bei den sogenannten Share

Deals sollte die Anteilshöhe, ab der die Genehmigungspflicht eintritt, auf 25% festgesetzt werden. Insgesamt sind die Regelungen zu den Share Deals zu überarbeiten, dazu gehört auch die Frage der Besteuerung, da es sich hier um indirekten Bodenerwerb handelt. Gleichzeitig sehen wir als ergänzenden Schritt zur Ausübung des Vorkaufsrechtes durch die Landgesellschaft die Notwendigkeit, die Doppelbesteuerung zu überarbeiten. In der gegenwärtigen Form ist sie nicht sinnvoll."

→ **FDP**

"Wir Freie Demokraten wollen eine vielfältige Eigentümerstruktur an landwirtschaftlichen Flächen im Land stärken. Boden ist ein begrenztes Gut und nicht vermehrbar. Weil der Boden das wichtigste Produktionsmittel der Landwirtschaft ist, darf man ihn nicht Spekulationsobjekt werden lassen. Wir plädieren dafür, Bodenverkauf an Nichtlandwirte (Investoren, Kirche, Staat, Umweltverbände) einzuschränken. Wettbewerb unter Landwirten ist aber zuzulassen. Für die Kaufchance

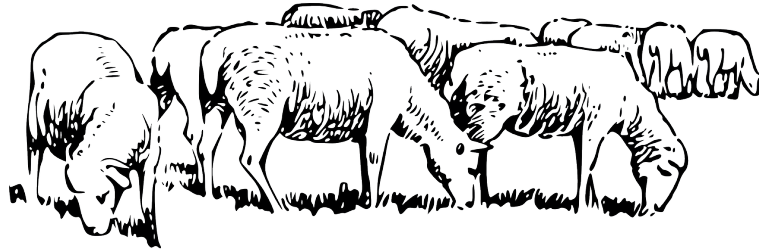
dürfen weder Betriebsgröße noch Wirtschaftsform entscheidend sein. Bei Versagen eines Flächenkaufs nach Grundstücksverkehrsgesetz ist die Praxis der doppelten Erhebung der Grunderwerbssteuer abzuschaffen."

→ **Freie Wähler**

"Die derzeitigen Regelungen zum Grundstücksverkehr leisten aus unserer Sicht den zukünftigen Herausforderungen nicht in ausreichendem Maße Genüge. Unser Grund und Boden ist kein Objekt für Spekulanten. Auch wenn dies heute noch ein überschaubares Problem darstellt, so sehen wir die Gefahr, dass dies außer Kontrolle gerät. Wir halten daher eine Überarbeitung der gesetzlichen Regelungen für angebracht. Darüber hinaus halten wir eine Gleichstellung von

allen faktischen Grundstücksgeschäften (z.B. ShareDeals) in Bezug auf die Grunderwerbsteuer ebenso für nötig wie die Abschaffung der genannten Doppelbesteuerung bei der Ausübung des Vorkaufsrechtes. In dem notwendigen politischen Diskussionsprozess wollen wir in den regelmäßigen Austausch mit den Beteiligten treten."

### 3. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Rahmenbedingungen für tierhaltende Betriebe so zu gestalten, dass die Tierbestände in Sachsen-Anhalt nicht noch weiter abnehmen? Wie kann die Tierhaltung in Sachsen-Anhalt stärker gefördert werden?



#### → CDU

"Wir wollen in moderne tierschutzgerechte und emissionsarme Tierhaltungssysteme investieren. Für den Schutz und die Gesundheit unserer landwirtschaftlichen Nutztiere die Haltungsbedingungen in den Ställen so ausgestalten, das dort am Tierwohl orientiertes artgerechtes Verhalten ausgelebt werden kann. Durch die Einführung des Tierwohlkennzeichens unterstützen wir die Kaufentscheidung der Verbraucherinnen und Verbraucher und sensibilisieren diese für

tierwohlorientierte Haltungsweisen.

Wir werden uns für eine eigene, unabhängige und zweckgebundene Finanzierungsquelle für die Tierwohlstandard auf Bundesebene einsetzen. Damit soll gleichzeitig und nach Möglichkeit für alle Nutztierarten der Aufbau regionaler Schlachthofstrukturen unterstützt werden, um die Dauer der Tiertransporte zu verkürzen."

#### → SPD

"Die Nutztierhaltung ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum. Auch wenn Sachsen-Anhalt derzeit eines der viehärmsten Flächenländer ist, kommt es auf der Basis von „Altanlagen“ aus Zeiten der DDR zu regionalen Hotspots, an denen die Tierhaltung industrielle Ausmaße angenommen hat. Die Akzeptanz dieser Anlagen bei der Bevölkerung ist gering. Die finanziellen Erträge bleiben oft nicht im Dorf, sondern werden andernorts versteuert. Bei der Umgestaltung zu einer

tiergerechteren und umweltfreundlicheren Produktion gilt es verschiedene Aspekte zu beachten. Die Tierhaltung soll flächenbezogen die Chance auf einen Umbau zu mehr Tierwohl erhalten. Dabei muss der Ausgleich der Interessen zwischen Emissionsminderung und Tierwohl zielführend geschaffen werden. Investitionen in mehr Tierwohl werden wir fördern. Hierzu sind die bestehenden Förderprogramme weiterzuentwickeln. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Verbraucher\*innen über

die Herkunft und das Tierwohl bei der Aufzucht aufgeklärt werden, um eine höhere Akzeptanz für moderate Preisanstiege zu erzielen. Wir unterstützen die Vorschläge der Borchert-Kommission und setzen uns für einen Masterplan ein, der die Umsetzung in Sachsen-Anhalt unterstützt."

#### → Bündnis 90/Die Grünen

"Sachsen-Anhalt liegt im Viehbesatz ungefähr bei der Hälfte des bundesdeutschen Durchschnitts. Wir wollen in unserem Bundesland keine weitere Reduzierung.

In der Tierhaltung muss das Tierwohl erhöht und ein ausreichendes Einkommen der tierhaltenden Betriebe gesichert werden. Für mehr Tierwohl brauchen wir einen grundlegenden Umbau in der Tierhaltung. Dazu sind mehr Platz im Stall, Einstreu, und Auslauf erforderlich und das Abschneiden

von Körperteilen soll beendet werden. Bei Stallum- und Neubauten soll grundsätzlich Außenklimakontakt für die Tiere ermöglicht werden. Die Fütterung muss tiergerecht sein und die Tiergesundheit sicherstellen. Wir fordern eine konsequente weitere Antibiotika-Reduzierung in allen Tierhaltungsbereichen. Für dies alles setzen wir uns auf Bundesebene ein. Eine mengenbezogene Tierwohlabgabe kann ein Baustein zur Finanzierung des Umbaus sein. Der Mehraufwand der Landwirtinnen und Landwirte muss honoriert werden

durch finanzielle Förderung und die Erzielung von Mehrerlösen. Wir wollen dies durch eine Neuausrichtung der GAP sowie eine konsequente Transparenz und Kennzeichnung der Haltungsformen erreichen.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die angegebene Bereitschaft der Verbraucherinnen und Verbraucher oft nicht beim Einkauf umgesetzt wird. Eine Erhöhung der Wertschätzung von Lebensmittel soll über eine bessere Kommunikation erreicht werden." (Vollständige Antwort online)

→ **AfD**

"Eine Strategie zur Nutztierhaltung - mit klarer Zielsetzung und dem Aufbau stabiler Tierbestände - ist bei der Landesregierung nicht erkennbar. Die Anzahl der Tiere aller relevanten Nutztierarten nimmt kontinuierlich ab, während die Haltungsaufgaben beständig forciert werden und die Verwendung des negativ konnotierten Begriffes der „Massentierhaltung“ - ohne ihn definiert zu haben – ein konstant negatives Image erzeugt. Wie die Anfragen der AfD-Fraktion klar herausgearbeitet haben, geht ein erhöhtes

Risiko in Form von Tierschutzverstößen eben nicht von großen Tierbeständen, sondern von Klein- und Hobbyhaltungen aus.

Obwohl zwischen den Landesanstalten und den Hochschulen Forschungsoperationen bestehen, ist kein strategisches Ziel des Landes in Bezug auf die praktische Umsetzung von Verbesserungen der Haltungsverfahren oder im Hinblick auf Anpassung der Zuchtziele zu erkennen. Alle Anfragen der AfD-Fraktionen zu diesen Themen offenbarten wenig Interesse und Ehrgeiz des zuständigen

Ministeriums (MULE) klare Entscheidungen zu treffen, mit welchen Rassen und Linien der einzelnen Nutztierarten zukünftig auf die entsprechenden Klimaveränderungen reagiert werden soll. Soll die Leistungssteigerung des Einzeltieres weiter forciert werden, um den Abbau der Tierbestände zu kompensieren? Oder sollen dies gar Exporte aus Drittländern mit geringeren Tierschutz- und Umweltstandards kompensieren? Das Klima- und Energiekonzept des Landes Sachsen-Anhalt gibt hierzu keine Antworten." (Vollständige Antwort online)

→ **DIE LINKE**

"DIE LINKE fordert einen gesetzlichen Rahmen, der eine gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung ermöglicht. Er muss sowohl das Wohl der Tiere sichern, aber auch das Wohl der Menschen, die sie betreuen. Zuerst müssen Tierversümmelungen und Qualzuchten beendet sowie der Antibiotikaeinsatz weiter reduziert werden. Stattdessen setzen wir in der Tierhaltung auf robuste Mehrnutzungsrasen und tiergerechte Haltungsformen ohne Käfigsysteme,

Kastenstände oder Vollspaltenbuchten. Vor allem aber braucht es einen sozial verträglichen Umbau zu einer flächengebundenen Tierhaltung, die ausreichend Fläche für die Futtererzeugung und die Gülleausbringung berücksichtigt. Ein Punkt, der sowohl die tierhaltenden Betriebe als auch die Tiere selbst betrifft, ist eine notwendige gesetzliche Regelung beim präventiven Brandschutz an Tierhaltungsanlagen."

→ **FDP**

"Wir Freie Demokraten setzen uns für eine artgerechte Tierhaltung und Tierernährung auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse ein. Wünschenswerte Verbesserungen bei der Nutztierhaltung wollen wir durch eine gezielte Agrarinvestitionsförderung erreichen. Starre ordnungsrechtliche Vorgaben oder zu ehrgeizige Tierwohl-Zertifizierungen überfordern hingegen vor allem kleine Landwirtschaftsbetriebe und beschleunigen so- mit den Strukturwandel. Die Freien

Demokraten wollen eine "echte Umsetzungsstrategie der bereits bestehenden Konzepte zur Verbesserung der Tierhaltung". Dafür bräuchten die Landwirte verlässliche Rahmenbedingungen, denn "Landwirte können derzeit ihre Ställe leider nicht einfach genug umbauen, Bürokratie und überzogene Umweltauflagen hindern sie daran". Lösbar wäre dies mit einem Vorrang von Tierwohl im Baurecht, damit Ställe auch schnell artgerecht umgebaut werden können. Zudem

bedarf es für eine bessere Tierhaltung und einen fairen Wettbewerb ein EU-weit verbindliches Tierwohllabel, das Verbrauchern die Haltungsformen transparent aufzeigt."

→ **Freie Wähler**

"Wir FREIEN WÄHLER Sachsen-Anhalt stehen für eine Weiterentwicklung ohne Strukturbrüche. Insbesondere die ständige Verschärfung der Halte- und Rahmenbedingungen stellen eine Belastung für tierhaltende Betriebe in Sachsen-Anhalt dar. Gesetzliche Regelungen sind so zu gestalten, dass die Betriebe langfristige Planungssicherheit und Perspektiven haben. Wir FREIEN WÄHLER stehen für unternehmerische Freiheit. Die Verantwortung der Unternehmen in sozialer,

ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht steht dabei im Vordergrund. Staatliche Regelungen dürfen keineswegs dazu führen, dass Kreativität und Engagement der tierhaltenden landwirtschaftlichen Unternehmen unterdrückt werden.

Als FREIE WÄHLER Sachsen-Anhalt sprechen wir uns daher u. a. für klare und nachhaltige baurechtliche Regelungen sowie eine Entschärfung der Düngeverordnung aus. Grundlage müssen fundierte Daten und eine

entsprechende wissenschaftliche Betrachtung sein."

## Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau

SVLFG, DLZ Nord - Bereich Prävention -

### Bemerkenswerte Unfälle 1. Quartal 2021

#### Schwere Arbeitsunfälle

In einem landwirtschaftlichen Unternehmen wurden mit Hilfe eines Schleppers und angebauter Frontgabel Leerpaletten auf einen bereitstehenden Anhänger verladen. Bei einer Fahrt stellte sich der Unternehmer auf das Trittbrett des Schleppers. Die Fahrerin musste eine Linkskurve fahren, in der er vom Tritt abrutschte und mit seinem rechten Fuß unter das linke Hinterrad geriet.

Ursache: unerlaubte Mitfahrt auf dem Trittbrett des Schleppers

Folge: schwere Quetschung und Prellung rechter Fuß

Am Unfalltag sollte der Mitarbeiter eines landwirtschaftlichen Lohnunternehmens mit einer Baustellenkreissäge Zaunpfähle anspitzen. Er wurde vom Unternehmer entsprechend unterwiesen. Zum Ende der Tätigkeit wollte er eine Pfahlspitze nachbearbeiten. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Unfallverletzte die Pfähle im ziehenden Schnitt gefertigt. Bei der Nachbearbeitung drückte er die Spitze des Pfahles von vorn an das Kreissägeblatt. Es kam zu einem Rückschlag und er rutschte mit der Führungshand ab und geriet mit der linken Hand ins laufende Sägeblatt.

Ursache: Das Anspitzen von Zaunpfählen erfolgt immer im ziehenden Schnitt.

Folgen: schwere Verletzung der linken Hand mit Knochenbeteiligung

Auf einer Pflegestelle sollte eine abgestorbene ca. 15 m hohe Birke gefällt werden. Da in der Nähe zwei Autos geparkt waren wurde abgesprochen, ein Zugseil im oberen Bereich des Baumes anzubringen. Der Unfallverletzte bestieg eine dreiteilige Leiter und sicherte sich mit einer Kurzsicherung um den Stamm in seinem Klettergurt. Beim Einbau des Zugseiles brach die Birke am Stammfuß weg und er stürzte gesichert am Baum samt Leiter zu Boden.

Ursache: fehlende Baumbeurteilung

Folge: Prellungen am gesamten Körper und Fraktur linkes Knie

Am Unfalltag wurde Totholz von Straßenbäumen herausgeschnitten. Für die Baumpflegearbeiten wurde eine Hubarbeitsbühne verwendet. Beim Hochfahren verklemmte sich der Arbeitskorb im Astwerk der Eichenkrone, so dass die Notabschaltung aktiviert wurde. Der Bodenmann versuchte von unten die Hubarbeitsbühne abzusenken, bediente aber den falschen Steuerungshebel, so dass der Korb weiter angehoben wurde und komplett abschaltete. Der Motorsägenführer sägte spontan einen stärkeren Ast ab, wobei er die Spannungsverhältnisse nicht beachtete. Der Arbeitskorb kam mit einem Ruck frei, wippte nach oben und der Unfallverletzte schlug mit seinem Kopf gegen einen Ast über sich. Zum Unfallzeitpunkt trug er die komplette persönliche Schutzausrüstung inkl. Helm.

Ursache: mangelnde Einweisung des Bodenmannes, Nichtbeachtung der Spannungsverhältnisse

Folgen: schwerstes Halswirbeltrauma

#### Tödliche Unfälle

Mit einem Rundballenhäcksler, angehängt an einen Schlepper, wurde auf einem Erdbeerfeld Stroh ausgebracht. Der Unfallverletzte beobachtete auf dem Feld stehend die Verteilung des Strohhäcksels. Nach einer Weile bemerkte der Fahrer, dass kein Stroh mehr ausgeworfen wird. Er stoppte die Maschine, um zu überlegen, wie die Störung zu beseitigen ist. Er stellte aber den Antrieb der Messerwerkzeuge dabei nicht aus. Der Unfallverletzte stieg unbemerkt in den Behälter mit dem Stroh und versuchte, die Verstopfung direkt über den Messern zu entfernen. Er rutschte ab, verlor sein linkes Bein und verstarb später aufgrund des Blutverlustes im Krankenhaus.

Der Landwirt wollte mit zwei Helfern die letzte Kuh, die bereits zuvor an einem Einfriedungspfahl nahe eines Maschendrahtzaunes fixiert war, verladen. Er band die Kuh los und war im Begriff, sie am Halfter zur Viehkarre zu führen. Dabei hat sich die Kuh mit ihrem Kopf im weitmaschigen Drahtzaun verfangen. Das Tier geriet in Panik, riss sich los und rannte über die Weide, stürzte in einen Graben und landete auf dem Rücken. Aus dieser Situation konnte sie befreit werden, war dadurch aber erst recht aufgebracht. Der Unfallverletzte wollte sie dennoch zur Verladung treiben. Er rutschte aus und wurde von der Kuh überrannt. Er arbeitete weiter und ließ sich am nächsten Tag nur auf Prellungen hin untersuchen. Zwei Tage später wurde er tot in seinem Haus gefunden.



## Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft mbH des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e. V. (VVB) in Verbindung mit der R+V Versicherung

*Sicherheit für Ihren Betrieb und Ihre Familie  
Wir bieten die Lösung!*

### Die betriebliche Krankenversicherung der R+V – Wie Arbeitgeber und Mitarbeiter davon profitieren

Eine private Kranken-Zusatzversicherung vom Chef? Aber sehr gern, sagen da viele Arbeitnehmer. Denn neben Extras wie Dienstwagen oder Firmen-Smartphone gewinnt eine betriebliche Krankenversicherung (bKV) immer mehr an Bedeutung. Der Hintergrund: Vielen Arbeitnehmern reichen die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung nicht mehr aus. Sie wünschen sich einen besseren Versicherungsschutz – sowohl für sich als auch für ihre Familie.

Vom "Extrabonbon" bKV profitiert aber nicht nur der Arbeitnehmer, auch der Arbeitgeber hat viele wirtschaftliche Vorteile. So spüren mittlerweile viele Unternehmen das geringer werdende Fachkräfte-Angebot – entweder bei der eigenen Suche oder durch die zunehmende Fluktuation. Und dieser Wettbewerb wird sich noch verschärfen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der „Babyboomer“ allmählich das Rentenalter erreichen. Laut einer Studie der Prognos AG aus 2019 beschleunigt sich dieser Fachkräftemangel dramatisch. Danach fehlen im Jahr 2025 deutschlandweit bis zu 2,9 Millionen Arbeitskräfte. Diese Lücke nimmt mittelfristig weiter zu und erreicht voraussichtlich im Jahr 2031 mit etwa 3,6 Millionen ihren Höhepunkt.

Die bKV steigert die Attraktivität eines Unternehmens als Arbeitgeber. So können sie neue Fachkräfte rekrutieren und eigene Mitarbeiter an das Unternehmen binden. Darüber hinaus fördert eine Investition in die Gesundheit der Mitarbeiter deren Motivation und Produktivität und kann die Anzahl der Krankheitstage verringern.

Eine neue Rechtslage macht die bKV noch lukrativer: Das Bundesfinanzministerium hat ein Urteil des Bundesfinanzhofs veröffentlicht, wonach arbeitgeberfinanzierte bKV-Beiträge unter bestimmten Voraussetzungen Sachbezug sein können. Als solcher sind die Beiträge bis zur Freigrenze von 44 EUR/Monat je Arbeitnehmer steuer- und sozialversicherungsfrei. (ab 01.01.2022 – 50 Euro/Monat)

Die R+V Krankenversicherung hat sich mit ihrem bKV-Produkt „GesundheitsKonzept PROFIL“ für einen unkomplizierten, modularen Aufbau entschieden. Dieses bietet ein passgenaues Angebot sowohl für kleine und mittelständische Firmen als auch für Großunternehmen. Gruppenversicherungsverträge sind ab 5 Mitarbeitern abschließbar – viele Tarife schon bei diesen kleinen Kollektiven ohne Gesundheitsprüfung. Ab 10 Mitarbeitern in einem einheitlichen Tarifpaket reduziert sich der ohnehin günstige Beitrag. Und ganz neu: Auch ein Erlass der Gesundheitsprüfung in allen Tarifen ist bereits ab dieser Mitarbeiterzahl möglich. Weitere Pluspunkte: Es gibt keine Wartezeiten und Familienangehörige können mitversichert werden.

Neben einer klassischen Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerfinanzierung ist auch eine Mischform möglich. So können Firmen für ein ausgewähltes Tarifpaket die Beitragszahlung übernehmen und die Mitarbeiter weitere Leistungen gegen eigenen Beitrag hinzuwählen.

Und wenn ein Mitarbeiter doch den attraktiven Arbeitgeber verlässt? Dann ist Flexibilität gefragt. Arbeitnehmer, die aus dem Betrieb ausscheiden, können den R+V-PROFIL-Tarif als Einzelvertrag mit einem Beitragszuschlag von derzeit 15 % weiterführen. Wenn Mitarbeiter in den Ruhestand gehen, können sie den Vertrag zu unveränderten Konditionen fortführen.

Ihre Ansprechpartner:

Lothar Saage

(Anhalt, Börde, Jerichower Land, Wittenberg, AMK Salzwedel, Stendal)

Tel. 0172/9037773

Lothar.Saage@ruv.de

Torsten Röder

(Burgenland, Mansfeld-Südharz, Nordharz, Saaletal, Salzland)

Tel.: 0151/26412557

Torsten.Roeder@ruv.de

**R+V** Du bist nicht allein.

Besuchen Sie uns auf: [www.vvb-st.de](http://www.vvb-st.de)

## Kosten sparen durch die Agrardienste Sachsen-Anhalt GmbH

Von Kraft- und Schmierstoffen über Hard- und Software und Alarmanlagen bis hin zu Weidezauntechnik. Durch das neue Design der Webseite [www.agrardienstesachsenanhalt.de](http://www.agrardienstesachsenanhalt.de) können Sie noch schneller die Rabatte finden, von denen Sie als Mitglied des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V. profitieren.



[Mitgliedsvorteile](#)   [Lohn- und Finanzbuchhaltung](#)   [Über Uns](#)   [Kontakt](#)   [Q](#)

---



### 4. 4D DIGITALAGENTUR

### IHRE FIRMENPRÄSENZ IM WEB

15 % Rabatt auf die gültigen Nettopreise!

Professionelle Außendarstellung Ihres Betriebs zum Vorteilspreis.

Hinweis: Gilt nicht bei allgemeinen Aktionen mit Preisnachlässen. Nur für Mitglieder des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.



## Generationswechsel erfolgreich gestalten

- ✓ Betriebe zusammenhalten
- ✓ Finanzierung sichern – auch in Kooperation mit seriösen Geldgebern
- ✓ Ganzheitliche Beratung – Betriebswirtschaft | Recht | Steuern

**Erstgespräch kostenfrei!**



**enagrat GmbH & Co. KG**  
 Berliner Chaussee 51, 39114 Magdeburg  
 Telefon: 0391 81896 898 | [info@enagrat.de](mailto:info@enagrat.de)  
 Mehr über uns und unser Team: [www.enagrat.de](http://www.enagrat.de)



## Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau Sachsen-Anhalt

Die Durchführung der geplanten Veranstaltungen richtet sich nach den aktuell geltenden Corona-Auflagen. Der Terminkalender der Landesanstalt ist unter [www.lg.sachsen-anhalt.de/service/terminkalender/](http://www.lg.sachsen-anhalt.de/service/terminkalender/) abrufbar.

<b>April 2021</b>		
07. & 08.04	Probenehmerschulung, LUW	Bernburg
14.04.	Alternativer Obstbau - Streuobstwiesen richtig pflegen	Quedlinburg
15.04.	Praxisseminar Heckenschnitt	Quedlinburg
16.04	Fortbildung öbv Sachverständige	Bernburg
22.04.	Tierwohl und Umweltschutz in der Weidetierhaltung	Online-Seminar
26.04.	"Schwein gehabt" - mit der Afrikanischen Schweinepest in Sachsen-Anhalt?!	Online-Seminar
	Obstbautag Sachsen-Anhalt	Iden
	Tag des Mutterkuhhalters	Iden
<b>Mai 2021</b>		
05.05.	Anlage von Wiesen zur Förderung der Artenvielfalt (Teil 1)	Quedlinburg
	Tag der offenen Tür	Bernburg
	Lehrgang Schafschur	Iden
	Workshop Direktvermarktung	

### Termine des geschäftsführenden Landesvorstandes

vorbehaltlich der jeweils aktuellen Corona-Einschränkungen

#### **07. April 2021**

Austausch Bauernverband und FPV, ViKo

#### **13./14. April 2021**

DBV-Gremien, ViKo

#### **15. April 2021**

Verbändegespräch MULE  
zur Milchpolitik, ViKo

#### **15. April 2021**

Vorstandssitzung, ViKo

#### **20. April 2021**

Bundesausschuss Obst und Gemüse, ViKo

#### **20. April 2021**

Agrarpolitisches Forum der  
Bauernverbände der NBL, ViKo

#### Impressum

##### Herausgeber:

Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.  
Maxim-Gorki-Straße 13  
39108 Magdeburg  
Tel. 0391 / 7 39 69-0  
Fax 0391 / 7 39 69-33  
<http://www.bauernverband-st.de/>  
info@bauernverband-st.de  
V.i.S.d.P. Marcus Rothbart

Dies ist das offizielle Presseorgan des  
Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.

##### Redaktion:

Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.  
Ansprechpartner: Erik Hecht, Referent  
für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit  
Monatliches Erscheinen. Fotos, falls  
nicht anders gekennzeichnet, durch  
den Bauernverband Sachsen-Anhalt  
erstellt oder CC0.

Redaktionsschluss: 25.03.2021

##### Druck:

SCHLÜTER Print Pharma Packaging GmbH, Grundweg 77, 39218 Schönebeck

# „Partnerschaft der Verbände“

## Leistungsmonitor – Ihre Vorteile

Vorteilspartner	Leistungen	
	<p><b>Neuwagen online kaufen</b> auch für Familienmitglieder und Mitarbeiter Beispiel: BMW, Volvo, VW usw.</p>	<p><b>Hohe Rabatte bis 40 %</b> + ohne Abrufschein + andere Hersteller auf Anfrage</p>
	<p><b>Mietwagen aller Art</b> Deutschland, Europa, Übersee</p>	<p><b>10 bis 20 % Rabatt</b> + Onlinebuchung</p>
	<p><b>Tankkarte</b> bei TOTAL, Shell, AVIA, Westfalen</p>	<p><b>Bis zu 3 Cent günstiger tanken</b> + keine Kartengebühren + keine lästige Belegsammlung</p>
	<p><b>Mitarbeiter-Benefits</b> Lunchit-App und weitere Module für Zuwendungen an die Belegschaft</p>	<p><b>Vorteile für AG und AN</b> + Elektronische Essensmarke + Steuerersparnis + digital, einfach, flexibel</p>